

II-144 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 103 ~~73~~

A n f r a g e

1983 -07- 06

der Abgeordneten Dr. KOHLMAIER
und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung

betreffend Überprüfung der Ausgaben des Bundes zur Abdeckung
von Transferleistungen

Bei der Präsentation seiner Vorstellungen zur Budget- und Steuerpolitik sprach der Arbeiterkammerpräsident, SPÖ-Abgeordneter Adolf Czettel, vom Erfordernis "die Ausgaben des Bundes zur Abdeckung von Transferleistungen zu überprüfen und unter Berücksichtigung sozialer Aspekte in der Zukunft so gering wie möglich zu halten." Auch der Finanzminister schielt aufgrund der tristen Budgetentwicklung immer wieder auf das Sozialbudget. In einem Interview mit der "Wochenpresse" vom 21. Juni 1983 stellt Dr. Salcher fest: "Ich kann mir nicht vorstellen, ein Budget nur einnahmenseitig zu verbessern und ausgabenseitig nichts zu unternehmen. Ausgaben müssen beschränkt werden, wegen ihrer Größenordnung sicher in der Sozialversicherung."

Zum Ausgleich für diesen erklärten Willen der Sozialisten auf der Leistungsseite der Sozialversicherung (konkret der Pensionsversicherung) Einschränkungen vorzunehmen - eine Beitragserhöhung kommt laut Sozialminister Dallinger nicht in Frage ("Sozialversicherungsbeiträge haben Maximum erreicht," 5.3.1981), - wird von sozialistischer Seite eine Kampagne gegen die Selbständigen entfacht. Immer wieder

wird in unsachlicher Weise die geringe Selbstfinanzierungsquote durch eigene Beitragsleistungen der Selbständigen kritisiert. Selbstverständlich wird dabei nicht auf die Gründe eingegangen. So wird weder darauf verwiesen, daß aus dem Gewerbesteueraufkommen und einer besonderen landwirtschaftlichen Zwecksteuer, also aus Steuern der Selbständigen, ein Ausgleich für die Partnerleistung Arbeitgeberbeitrag bei den Unselbständigen getroffen wird, noch daß weitgehend strukturelle Gründe (z.B. sind viele Personen, die sich selbständig machen, zuerst jahrelang als Arbeitnehmer versichert; starker Rückgang bei Gewerbetreibenden und Bauern würde bedeuten, daß immer weniger Aktive steigende Pensionslasten zu tragen hätten) für diese Situation ausschlaggebend sind. Schließlich gibt es aufgrund von Strukturproblemen auch im Bereich der Unselbständigen Gruppen mit einem geringen Selbstfinanzierungsgrad, wie zum Beispiel die Bergarbeiter. Erst der neugeschaffene Ausgleichsmechanismus, der Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger, hat in diesem Bereich zu einer Reduktion des Bundesbeitrages geführt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

1. Planen Sie eine Reduzierung der Ausgaben des Bundes zur Abdeckung von Transferleistungen?
2. Wenn ja, um welche konkreten Leistungen geht es dabei?
3. Ist daran gedacht, etwaige Kürzungen der Bundesausgaben für Transferleistungen durch die Erschließung neuer Einnahmen auszugleichen?

- 3 -

4. Stehen Sie nach wie vor zu Ihrer Aussage, daß die Sozialversicherungsbeiträge ein Maximum erreicht haben?
5. Wie hoch ist die Selbstfinanzierungsquote durch eigene Beitragsleistungen bei den einzelnen Pensionsversicherungsträgern der Unselbständigen?
6. Wie hoch ist die Selbstfinanzierungsquote unter Einbeziehung der Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer und der Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft bzw. der Sozialversicherungsanstalt der Bauern?